

Bürger nicht mehr nur als rein ökonomisch-rational handelnde Einzelpersonen betrachtet werden, sondern als Mitglieder von Gemeinschaften, in denen Werte wie Vertrauen und Kollektivverantwortung Schlüsselbegriffe sind. Kurz gesagt: Die

beste Art und Weise der Hartnäckigkeit des Neoliberalismus etwas entgegenzusetzen, ist die Erneuerung sozialdemokratischer Denk- und Handlungsweisen.

(Aus dem Amerikanischen von Julian Heidenreich)



Vivien A. Schmidt

ist Jean-Monnet-Professorin für europäische Integration und Direktorin des Center for International Relations an der Universität Boston. Zuletzt erschien *Resilient Liberalism in Europe's Political Economy* (Cambridge University Press, 2013).

vschmidt@bu.edu

Uwe Jean Heuser

Wie liberal ist der Neoliberalismus?

Die erste Spielart des Neoliberalismus ist rund 75 Jahre alt. Im Original war dieser »neue« Liberalismus der 40er Jahre die Idee eines staatlich geordneten Kapitalismus und hieß in Deutschland daher auch Ordoliberalismus. Dahinter stand die Erkenntnis der 20er und 30er Jahre, dass die Marktwirtschaft sich ohne staatliche Ordnung selbst überlistet. Starke Unternehmer schubsen Konkurrenten aus dem Markt und bilden Monopole, mit denen sie nach Herzenslust abkassieren. Und am unteren Ende der Gesellschaft bildet sich ein Ersatzheer an Arbeitslosen, das den Quell für soziale Aufstände und verheerende diktatorische Umtriebe wie den Nationalsozialismus darstellt. Also sollte der Staat fortan den Wettbewerb überwachen und ein Arbeitsmarkt- und Sozialregime schaffen, das jedem Willigen eine Chance auf Existenz-erwerb und mehr eröffnete. Aus dem Ordoliberalismus wurde in der deutschen Politik das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, wobei das Wort »sozial« im Vergleich zu heute kleingeschrieben wurde. Fairness und Stabilität waren die Ziele – und nicht etwa bestimmte Verteilungsergebnisse. Die Marktwirtschaft sollte sich einfach nicht mehr selbst den Boden ent-

ziehen: Das war die zur Selbsterhaltung nötige Grenze der Freiheit.

Dann folgten die Jahrzehnte des Staates. »Wir sind alle Keynesianer«, konnte Richard Nixon Anfang der 70er Jahre sagen. Mehr Wohlstand hieß im Westen mehr Staat, mehr Umverteilung, mehr öffentlichen Eingriff – bis die Ölkrisen der 70er Jahre der »Selbstbedienung« des Staates im Namen der Bürger ein Ende setzten. Zu dem Zeitpunkt hatten Professor Milton Friedman von der Chicago University und seine Mitstreiter in Amerika und Europa das Gegenkonzept schon fertig: Weder könne der Staat die Konjunktur steuern, noch könne die Geldpolitik mehr Wohlstand schaffen. Der Staat solle sich zurückziehen und den Markt zur Geltung kommen lassen. Einzig bessere Bedingungen für die Unternehmen (weniger Regeln, weniger Steuern) und Arbeitnehmer/innen (geringere Abgaben, bessere Ausbildung) könnten am Ende zu mehr Wachstum führen.

Diese Botschaft erhielt später ebenfalls den Namen »Neoliberalismus«, und natürlich reden wir heute von genau dieser Bewegung, wenn das Wort gebraucht wird. Die Frage ist: Wie liberal ist sie?

Auch da muss man noch einmal zerteilen – in die Idee und in das, was politisch-ökonomisch aus ihr wurde. Einen liberalen Grundgedanken im Sinne verantwortlicher Freiheit kann man der Bewegung kaum absprechen. Der Staat hatte im Nachkriegsboom allzu viele invasive Gewohnheiten angenommen und sich seine massiven Eingriffe in die bürgerliche und unternehmerische Freiheit unter dem Namen »Keynesianismus« schöngeredet. Eine Zeit lang schien es so, als hätte die Regulierungs- und Eingriffswut keine Kosten. Stimmt nicht, riefen die neuen Liberalen – und hatten damit natürlich recht. Es gibt, um es mit Friedman zu sagen, in der Ökonomie nicht so etwas wie einen »free lunch«. Hohe Steuersätze verderben die Investitionsrechnungen und die Investitionsstimmung ebenso wie allzu viele Verbote und bürokratische Verwaltungsakte.

Dieser Neoliberalismus berief sich dann auch stark auf die klassische liberale Wirtschaftslehre des 19. Jahrhunderts, die davon ausging, dass einzig die Bedingungen für das Angebot in der Wirtschaft – also für das unternehmerische Tun – die volkswirtschaftliche Leistung bestimmten. Nichtsdestotrotz ist dies vom Gedanken her kein blindes Marktdenken, das sich einfach als antiliberal abqualifizieren ließe. Zum einen war selbst ein Radikaler wie Milton Friedman nie ein Staatsfeind im extremen Sinne. Er wollte einen deutlich schlankeren Staat, der gleichwohl seine Wächterfunktion wahrnimmt und auch mittels einer Grundsicherung ohne Bedarfsprüfung den Armen hilft. Zum anderen war es gerade Friedman, der über das rein Wirtschaftliche hinausdachte und die persönliche Freiheit als antidiktatorischen Wert an sich begriff. Selbst wenn diese Freiheit das Wachstum und den Wohlstand einschränken würde, so machte er mehr als einmal klar, würde er sie weiter fordern und unterstützen.

Man darf es sich also mit dem vielfach in Verruf geratenen Neoliberalismus nicht

zu einfach machen. Liberalität im Sinne verantwortlicher Freiheit war im Ideengeflecht durchaus angelegt. Doch was wurde daraus in der wirtschaftlich-politischen Realität? Antwort: Ein marktwirtschaftliches System mit großer Dynamik zwar, aber auch mit der Tendenz, die eigenen Grundlagen in Gefahr zu bringen.

Das begann im Amerika von Ronald Reagan mit den Steuern. Die 80er Jahre, in denen er regierte, waren bestimmt von enormen Steuersenkungen, vor allem für Investoren und Wohlhabende im Lande, doch der Staat schrumpfte nicht in gleichem Maße mit – auch weil die Mischung aus weniger Steuern und weniger Sozialleistungen dafür sorgte, dass die Gesellschaft wie eine Ziehharmonika auseinandergezogen wurde und der Staat fortan für mehr Arme aufkommen musste. In der Folge stiegen die öffentlichen Schulden rasant an, und im Grunde veranlasste George W. Bush genau 20 Jahre später denselben Prozess noch einmal, so dass die USA schon mit Rekordschulden in die Finanzkrise hineingingen und mit noch viel höheren Belastungen wieder herauskamen.

Die Einkommensverteilung in Amerika fiel immer weiter auseinander. Während Menschen mit mittleren Einkommen im Schnitt ihre Kaufkraft über zwei Jahrzehnte gar nicht erhöhen konnten, verdoppelte das oberste Prozent in dieser Zeit seine Einnahmen. Und neue Studien, etwa vom Internationalen Währungsfonds, zeigen, dass solche Verteilungsdynamiken auf lange Sicht dem Wohlstand insgesamt schaden. Anders gesagt: Sie schädigen Volkswirtschaft und Gesellschaft.

Auch die Deregulierung hatte zumindest zwiespältige Folgen. Dort, wo sie, wie in den USA oder in Großbritannien, die Klimaschutzregeln kappte, gab sie dem klimaschädlichen Verbrauch von Kohle und Öl neuen Auftrieb – und sorgte dafür, dass die wahren Kosten des Verbrauchs von CO₂-haltigen Energieträgern verschleiert

wurden, was weder marktwirtschaftlich noch liberal genannt werden kann.

Außerdem fand die Deregulierung nicht überall in der Wirtschaft nach der Maßgabe statt, erst einmal die wohlstandsschädlichsten Regeln abzuschaffen. Vielmehr gehorchte sie in Amerika wie in Europa in erheblichem Maße den Regeln des Lobbying. Von wo aus der Druck besonders groß war, dorthin richteten die Deregulierer ihr Augenmerk. Und das war nirgendwo mehr der Fall als im Finanzwesen.

Dafür muss man sich nur die Bundesrepublik anschauen. Während Unternehmensgründer/innen in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten kaum Erleichterungen erfuhren, wurde das Finanzwesen seit Ende der 90er Jahre fortgesetzt dereguliert – erst der Börsenhandel, dann auch das Bankwesen. Das Ungleichgewicht der Deregulierung zugunsten der Geldwirtschaft war deshalb bemerkenswert, weil es in die falsche Richtung ragte. Wenn die Wirtschaftsgeschichte in der Beziehung eine Lehre zu bieten hat, dann diese: Keine Branche hat mehr potenziell zerstörerische Effekte für den Rest der Wirtschaft und für die Gesellschaft insgesamt als das Finanzwesen.

Doch im Namen der Freiheit durften Banken mit immer weniger Eigenkapital hantieren, mit neuartigen und undurchsichtigen Bündeln von Hypotheken und Anleihen handeln, im Ausland mit merkwürdigen Steuersparvehikeln unterwegs sein. Eine globale Finanzkrise hätte es zwar auch unter den alten Regeln gegeben, weil die westlichen Zentralbanken über ein Jahrzehnt einer riesigen Geldflut den Weg gebahnt hatten, die sich letztlich in der Krise niederschlug. Aber die sogenannte liberale Finanzderegulierung sorgte dafür, dass diese Krise die westlichen Volkswirtschaften im Innersten erschütterte. An den Folgen werden alle, auch die Amerikaner, im Sinne von weniger Wohlstand und Stabilität noch lange zu tragen haben.

Wie liberal ist also im Nachhinein das, was neoliberale Wirtschaftspolitik genannt wurde? Tatsächlich pervertierte sie den Gedanken verantwortlicher Freiheit in mehr als einer Weise. Doch da ist mehr. Die so negativen Folgen für die gesamte industrialisierte Welt entstanden erst dadurch, dass der Neoliberalismus auf ein anderes Phänomen traf, das er im Übrigen nach Kräften unterstützte: die Globalisierung.

Im globalen Finanzwesen wurde das sehr deutlich. Länder wie Deutschland konnten sich dem Ruf nach finanzieller Deregulierung nur schwer entziehen, weil ihre Banken im internationalen Vergleich den Anschluss zu verlieren drohten – ein Argument, dem im Boom nur schwer zu entkommen ist. Und als die Krise dann auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt entstand, setzte sie sich sehr schnell im gesamten Westen und noch darüber hinaus fort, weil die Giftpapiere und die Kredite zu ihrer Finanzierung global gehandelt wurden.

Auch abseits der Finanzindustrie sorgte die Globalisierung dafür, dass sich die neoliberal genannte Wirtschaftspolitik weltweit verbreitete. So entfachten vor allem die angelsächsischen Länder mit ihren Abgabensenkungen einen wahren Steuer-senkungswettbewerb. Investoren und Vermögende drohten abzuwandern, also versuchte die Politik auch in Kontinentaleuropa, sie mit sinkenden Raten zu halten. Mit Freiheit für alle hatte das wenig zu tun.

Nun könnte man also sagen, die neoliberalen Ideen waren durchaus liberal, nicht aber ihre politische Realisierung. Doch so schlicht ist es eben auch nicht. Vielmehr fehlte schon im gedanklichen Konzept des Neoliberalismus eine wichtige Komponente verantwortlicher Freiheit: Die Globalisierung wurde nicht mitgedacht. Zwar war sie den Neoliberalen willkommen als ein Mechanismus, der Steuer-senkungen und Deregulierungen über die

*Globalisierung
wurde nicht
mitgedacht*

nationalen Grenzen hinweg vorantrieb. Weniger Abgaben für die Leistungsträger und weniger Regeln für die Wirtschaft – das wollten die wirtschaftsnahen Kräfte in Europa genauso wie die in Amerika. Doch die Vordenker vergaßen dabei, dass eine globalisierte oder gar, in vielerlei Hinsicht, globale Wirtschaft auch globale Wächter und globale Regeln braucht. Und das vor allem dann, wenn der Staat sich zurückzieht und die Märkte entfesselt. Sonst geschieht genau das weltweit, was die Ordoliberalen im nationalen Rahmen zu verhindern suchten: Der Kapitalismus läuft heiß und gefährdet die Grundlagen seines eigenen Gelingens.

Insofern hinkte der »neue« neoliberale Gedanke seiner eigenen Zeit hinterher. Der Wächter- und Sozialstaat, an dem selbst einem Friedman gelegen war, hätte parallel zur weltweiten Entfesselung der Marktwirtschaft in globale Regeln und Institutionen überführt werden müssen. Erst dann können Menschen, Unternehmen und ganze nationale Gesellschaften miteinander in einen funktionierenden Wettbewerb treten.

Doch so einleuchtend der Gedanke ist, so sehr fehlt er bis heute bei den (Neo)Liberalen. Dort nachzuliefern ist ein Teil ihrer Verantwortung. Es wäre im wahrsten Sinne des Wortes liberal.



Uwe Jean Heuser

ist Redakteur der Wochenzeitung DIE ZEIT, wo er das Wirtschaftsressort leitet. Bei Campus erschien zuletzt: *Was aus Deutschland werden soll. Der Auftrag an die Wirtschaftspolitik.*

uwe.heuser@zeit.de

Gerhart R. Baum

Freiburg ist noch aktuell

Eine liberale Partei wird gebraucht – nicht nur vermisst

«Ich vermisste den sozialen Liberalismus» – so ist ein Interview überschrieben, das ich vor Kurzem gegeben habe. Dieser Liberalismus hat in der FDP einen schweren Rückschritt erfahren, dessen Beginn sich zeitlich ziemlich genau datieren lässt. Auf dem Kieler Parteitag im Jahre 1977 wurde das von der so genannten Perspektivkommission unter meiner Leitung erarbeitete Konzept eines – wie es ausdrücklich hieß – Sozialen Liberalismus weitgehend zugunsten wirtschaftsliberaler Thesen verworfen. Diese Entwicklung war bis zum Ende der sozialliberalen Koalition zunächst nicht so stark erkennbar. Aber mit dem so genannten Lamsdorff-Papier, das die Trennung von den Sozialdemokraten be-

siegeln sollte, nahm die FDP 1982 dann endgültig Abschied von Geist und Inhalt der *Freiburger Thesen*, dem gedanklich am besten fundierten Programm, das die Liberalen je hatten: Es war vom Ziel bestimmt, die Gedankenwelt der Aufklärung auf die Herausforderungen in einer modernen Unternehmens- und Arbeitsgesellschaft zu übertragen.

Letztlich ist Freiburg gescheitert, und diese Entwicklung hat wesentlich zum aktuellen Niedergang der FDP beigetragen. Ihre auf Wirtschaftsthemen eingeengte Programmatik, ihre intellektuelle Verarmung wurde zwar zeitweise durch Wahlerfolge überdeckt. Sie verlor aber zunehmend an liberaler Substanz – und am Ende